

**Rede
des Fraktionssprechers für Rechts- und
Verfassungsfragen**

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 28

**Haushaltsberatungen 2022/2023 - Schwerpunkt
Justiz**

während der Plenarsitzung vom 15.12.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Zunächst möchte auch ich ein großes Dankeschön loswerden: an alle Beschäftigten in unseren Justizvollzugsanstalten, den Gerichten und den Staatsanwaltschaften, an die Schöffinnen und an all diejenigen, die sich im AJSD, in der Bewährungshilfe, in der Betreuung, in der Straffälligenhilfe engagieren. Das war in den letzten zwei Jahren noch herausfordernder, als es ohnehin schon ist. Dass trotz der Einschränkungen durch Corona durchgängig und uneingeschränkt der Rechtsstaat gewährleistet war, ist ein großer Erfolg, zu dem diese Menschen beigetragen haben. Dafür unser ganz herzlicher Dank!

Mein Dank gilt aber auch den Mitarbeiterinnen in den Ministerien, in der Landtagsverwaltung und in den Fraktionen für die Unterstützung während der Haushaltsberatungen und natürlich den Kolleginnen im Rechtsausschuss für die guten Beratungen.

Christian Calderone hat schon gesagt, dass wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben, die Justiz auf allen Ebenen zu stärken und zukunftsfest aufzustellen. Jetzt steht der letzte Haushalt an. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Man kann sagen: Wir haben viel erreicht, aber natürlich nicht alles, Herr Kollege Dr. Genthe. Ich glaube jedoch, wir haben für Konstanz gesorgt.

Auch mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 gehen wir diesen Weg weiter, indem wir die Justiz konsequent und zielgerichtet stärken. Wir sind uns dabei bewusst, dass das kein Kurzstreckenlauf ist, sondern eher ein Marathon. Der wird auch in den letzten Jahren fortgesetzt werden müssen.

Es ist ein Stück weit ein Ritual an dieser Stelle, dass die Kolleginnen von den Oppositionsfraktionen - vielleicht auch aus ihrer Rolle heraus - das, was hier von der Großen Koalition geleistet wird, etwas anders sehen. Aber ich stelle fest und bin überzeugt, dass wir das umsetzen, was unter den Haushaltsbedingungen und angesichts der Einschränkungen durch die Coronavirus-Pandemie machbar ist. Darum geht es an dieser Stelle.

Ich habe mir die Änderungsanträge der Opposition angeguckt.

Bei den Grünen habe ich gar nicht so viel Zusätzliches gefunden. Da finden sich Positionen, die sich auch bei uns finden; teilweise fallen die Beträge minimal größer aus. Es gibt auch Verschiebungen aus den Gerichten in den Justizvollzug. Das kann man machen, aber dann fehlen die Stellen natürlich bei den Gerichten. Ich glaube nicht, dass uns das voranbringt.

Bei der FDP war ich doch sehr irritiert. Herr Dr. Genthe, Sie haben hier wieder - das tun Sie seit vielen Jahren - vorgestellt, wie viele Stellen Sie schaffen wollen.

Man fragt sich dann natürlich, wie das geschehen soll. Das haben wir hier schon oft diskutiert, weil Sie beim Thema Haushaltsdisziplin durchaus andere Maßstäbe anlegen und eine eher rigorosere Sparpolitik verfolgen als die Große Koalition.

Ihr Änderungsantrag sieht überall Kürzungen vor: bei der IT-Ausstattung, bei der Prozesskostenhilfe, bei den Betreuungsvereinen. Willkürlich werden Istwerte korrigiert. So schafft man sich einen Puffer, den man dann an anderer Stelle meint ausgeben zu können. Aber das ist, glaube ich, nicht wirklich seriös, und das ist vor allen Dingen auch nicht nachhaltig, weil wir mit Preissteigerungen zu tun haben. Sicherlich gibt es auch Sachmitteltitel, bei den weniger Geld abgeflossen ist. Aber das sind Momentaufnahmen unter dem Einfluss von Corona.

Daraus Stellen zu finanzieren, wird nicht funktionieren. Dem Anspruch, den Sie hier immer äußern - die Justiz noch besser auszustatten, als wir das tun -, werden Sie mit diesen Vorschlägen in keiner Weise gerecht. Das sind letztendlich vollmundige Ankündigungen, die nicht gegenfinanziert sind.

Zu den Schwerpunkten von SPD und CDU hat der Kollege Calderone schon einiges gesagt. Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich für die guten Verhandlungen über die politische Liste bedanken. Lieber Christian, in justizpolitischen Fragen sind wir uns nicht immer einig. Aber wenn es darum geht, Geld für den Justizhaushalt herauszuschlagen, dann marschieren wir Seit an Seit, und das haben wir, glaube ich, in den letzten Jahren ganz gut gemacht.

Wir haben über die politische Liste insgesamt ein Volumen von 11 Millionen Euro erstritten, und wir haben auch zusätzliche Stellen erstritten, was nicht selbstverständlich ist. Ich will hier die Verwaltungsgerichte und den Justizvollzug nennen, aber auch die Erwartung an das Ministerium äußern, dass die zusätzlichen 20 Stellen für den Justizvollzug in den Justizvollzugsanstalten ankommen müssen. Denn es ist eine Erfahrung aus den Gesprächen mit dem VNSB in den letzten Jahren, dass Erhöhungen, die wir über politische Listen beschlossen haben, nicht immer in der Praxis ankommen.

Ein wichtiges Thema dieses Haushaltes sind Prävention und Strafjustiz. Ich glaube, das kann man nicht unabhängig voneinander denken, das gehört zusammen. Denn nur Prävention *und* eine konsequente Strafverfolgung sind der Schlüssel dafür, dass wir Entwicklungen in unserer Gesellschaft entgegenwirken können.

Das Thema Kinderpornografie ist angesprochen worden. Das sind entsetzliche Straftaten, die großes Leid hervorrufen, und da braucht man eine konsequente Strafverfolgung. Die Zentralstelle wird erneut mit zusätzlichem Personal gestärkt. Das ist sehr gut und wichtig. Damit versetzen wir auch die Justiz in die Lage, die zusätzlichen Möglichkeiten zur Strafverschärfungen, die der Bund auf den Weg

gebracht hat, durchzusetzen. Die Durchsetzung des Rechts ist natürlich nur dann sichergestellt, wenn auch ausreichend Personal zur Verfügung steht. Wir stellen auch zusätzliche IT-Mittel zur Verfügung. Das ist sehr wichtig, denn natürlich sind gerade die großen Datenmengen ein quantitatives Problem. Für die, die damit arbeiten müssen, sind sie aber auch in psychischer Hinsicht kaum zu bewältigen. Auch an die Menschen, die da arbeiten, noch einmal unseren herzlichen Dank!

Wir machen aber auch Präventionsarbeit. Das, was wir über die politische Liste angeschoben haben, setzen wir fort. Über den Landespräventionsrat stellen wir Programme und Gelder in der Fläche zur Verfügung, um Schutzkonzepte und Präventionsangebote möglich zu machen.

Hasskriminalität ist ein weiterer Schwerpunkt. Ich glaube, wir haben in den letzten Jahren gemerkt, was sich in der Gesellschaft durch Entwicklungen im Internet verändert hat; dass eben aus Gedanken erst Worte und dann Taten werden. Wozu das führen kann, mussten wir in den letzten Jahren schmerzhaft feststellen. Die Querdenkerbewegung ist ein weiterer Beschleuniger dieser Entwicklung. Es gibt zusätzliche Möglichkeiten durch den Bundesgesetzgeber, was die Bestrafung von diesen Straftaten, insbesondere aber auch, was Meldepflichten für Netzbetreiber angeht. Wir legen bei der - letztlich ja auch von uns vorangetrieben - Zentralstelle in Göttingen mit elf zusätzlichen Stellen nach. Das ist ein richtiger Weg.

Das wird durch zusätzliche Mittel für das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte flankiert. Es wird durch die zusätzlichen Mittel aus der politischen Liste für die Antisemitismusprävention in Höhe von 200.000 Euro flankiert. Und es wird dadurch flankiert, dass wir das Projekt, das wir im letzten Jahr zur Prävention von Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger angeschoben haben, fortführen können.

Zur Clankriminalität will ich das nicht wiederholen. Dazu gibt es einen Entschließungsantrag der regierungstragenden Fraktionen, der gute Antworten auf die Frage gibt, wie wir diesem Phänomen Herr werden können. Es gibt auch die zusätzlichen Sicherheitspartnerschaften. Dafür Stellen zur Verfügung zu stellen, ist weiterer Schritt in der Umsetzung.

Die Sicherheit in der Justiz haben wir seit vier Jahren im Blick. Wir haben jetzt 1,6 Millionen Euro für zusätzliche Sicherheit in Ausstattung und 3,3 Millionen Euro für Gebäude. Das bezieht sich nicht nur auf Gerichte, sondern auch auf den Vollzug und die Staatsanwaltschaften. Das gibt an vielen Stellen Möglichkeiten, Sicherheitsschleusen, bessere Aufenthaltsqualität in Wartebereichen und dergleichen und damit auch bessere Arbeitsbedingungen und mehr Sicherheit zu organisieren.

Die Themen Straffälligenhilfe und Täter-Opfer- Ausgleich sind angesprochen worden. Das ist ein Thema, das auch uns als Sozialdemokraten immer sehr wichtig ist. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass wir beim TOA wieder den Vorjahresansatz in den Haushalt bekommen haben und dass wir Erhöhungen bei der Straffälligenhilfe durchsetzen konnten.

Frau Kollegin Kollenrott, das ist ja auch der genau der Grund: dass die Straffälligenhilfe über die Geldverwaltung sicherstellt, dass Menschen, die kein Geld haben, über dieses Instrument vor kurzen Ersatzfreiheitsstrafen bewahrt werden. Das ist wichtig. Wir haben auch weitere Ideen, die gerade in der Diskussion sind, wie man weitere Module schaffen kann. Das sind zwei sehr wichtige Bereiche.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist angesprochen worden. Dabei geht es natürlich um die hohe Belastung durch die Asylverfahren. Das wird nicht besser werden, wenn man sich die schrecklichen Bilder an der polnischen Grenze anguckt und Flucht und Vertreibung insgesamt in den Blick nimmt. Wir brauchen eine Stärkung der Verwaltungsgerichte. Wir sind seit vielen Jahren darüber im Gespräch. Wir haben die kw-Vermerke, die teilweise verlängert worden sind. Wir hätten uns da in der Tat mehr gewünscht, konnten jetzt über die politische Liste aber immerhin zwölf weitere Stellen zur Verfügung stellen. Ich glaube, das hilft insofern, als wir die Verfahren zumindest etwas beschleunigen und so auch dem Grundsatz der Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes entsprechen können.

Wir investieren in Ausbildung, wir investieren in Digitalisierung. Erneut gibt es zusätzliche Stellen. Wir sind in einem ganz dynamischen Prozess. Anfang des Jahres beginnt für das elektronische Anwaltspostfach die aktive Nutzungspflicht. Ich glaube, mit dem, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, sind auch die Gerichte gut aufgestellt.

Der neue Planungssenat am OVG ist wichtig, weil wir dadurch auch bei großen Planungsvorhaben - insbesondere im Windenergiebereich - vorankommen. Das muss schneller werden, und das kann damit gelingen.

Ich komme abschließend zum Justizvollzug. Der steht vor großen Herausforderungen. Ich will das alles nicht im Einzelnen wiederholen. Ich habe ganz großen Respekt vor der Leistung, die dort erbracht wird. Wir haben einen festgestellten Fehlbedarf. In den letzten Jahren haben wir immer versucht, für Verbesserung zu sorgen. Jetzt ist es uns über die politische Liste gelungen, weitere 20 Stellen einzuwerben. Das Ministerium hatte im Vorfeld schon 10 Stellen bewilligt, sodass wir da tatsächlich eine Verbesserung haben. Ich will aber auch ganz offen sagen - und das wissen auch die Beteiligten aus den Gesprächen, die wir mit dem VNSB, mit ver.di führen -, dass wir wissen, dass das nicht genug ist und dass weiter daran gearbeitet werden muss. Aber ich glaube,

das ist schon ein Zeichen, dass wir erkannt haben, dass wir da in den nächsten Jahren nachbessern müssen, und dass wir das auch wollen.

Für das Projekt Künstliche Intelligenz, das im Strafvollzug wichtig ist, weil es gerade bei der Suizidprävention eine große Rolle spielen kann, stehen 300.000 Euro im Haushalt zur Verfügung.

Und, Herr Kollege Dr. Genthe, wir verbessern die Krankenversorgung im Vollzug. Sie haben Telemedizin angesprochen. Ob das das geeignete Verfahren ist, weiß ich tatsächlich nicht. Ich glaube, das, was wir in Niedersachsen machen - dass wir Kooperationen mit externen Partnern aus Kliniken und dergleichen eingehen und uns die Expertise so reinholen -, ist ein guter Weg. Im letzten Jahr 430.000 Euro, jetzt 1 Million Euro, fünf weitere Justizvollzugsanstalten werden an diese medizinische Versorgung angeschlossen. Ich glaube, das ist ein guter Erfolg. Abgerundet wird das durch die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung mit dem Modellprojekt in Vechta, das wir fortführen.

Ich glaube, dieser Justizhaushalt kann sich sehen lassen. Wir haben richtige Schwerpunkte gesetzt und in vielen Bereichen auch dafür gesorgt, dass wir einen leistungsfähigen Rechtsstaat haben. Den brauchen wir in diesen Zeiten dringender als je zuvor.

Vielen Dank.